



«Dank dem Engagement unserer Genossenschaft können wir als Familie in einer guten Siedlungsgemeinschaft leben.»
Janina, Nicola, Arwed und Franziska

Mehr günstige Wohnungen für Bern

www.wohnenfueralle.ch

Am 18. Mai:



zur Initiative für bezahlbare Wohnungen



Wer sind die Wohn-Profiteure?

Die Initiative hat im Sinne von Art.13 der Gemeindeordnung zum Ziel, das Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus mit einer langfristigen Perspektive zu fördern. Bern soll ein ausgewogenes Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsschichten bieten. Wer in der Stadt arbeitet, soll auch hier wohnen und eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung finden können.

Boden ist ein kostbares Gut und kann nicht vermehrt werden. Raumplanerisch herrscht heute Einigkeit, dass Neueinzonungen von Bauland begrenzt bleiben müssen und das Angebot sich eng an der Nachfrage orientieren muss. Die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage funktionieren in stark nachgefragten Lagen höchstens noch für zahlungskräftige Segmente. Der preisgünstige gemeinnützige Wohnungsbau, der durch Anlagekostenlimiten des Bundesamtes für Wohnungswesen und die Kostenmiete reglementiert ist, kann im Geldanlage-orientierten Markt nicht mithalten und verliert laufend Anteile. Bern hat mit einem Anteil von 10 Prozent nur 7850

gemeinnützige Wohnungen. Thun, Biel und Zürich haben mit 13 bis 20 Prozent deutlich bessere Werte.

Marktmiete – Kostenmiete

Wie der ausgetrocknete Mietwohnungsmarkt auf eine starke Nachfrage in der Stadt Bern reagiert, zeigt die Mietpreisentwicklung seit 2007. Die Schere zwischen Landes- und Miet-

Die Initiative hat zum Ziel, das Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus mit einer langfristigen Perspektive zu fördern.

index ist deutlich aufgegangen – und das bei sinkenden Hypothekenzinsen!

Für viele Haushalte ist dies in Anbetracht dessen, dass die Miete der grösste Budgetposten ist, ein echtes Problem. Aber nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für ein funktionierendes Gemeinwesen sind die Folgen dieser Entwicklung in Form der Verdrängung von Haushalten aus der Stadt sowie in Form von steigenden Mietzinszuschüssen in der Sozialhilfe problematisch.

Steuerung mit Planungsinstrumenten

Die Stadt Bern soll sich aus raumplanerischen und ökologischen Gründen baulich weiterentwickeln und die Befriedigung der Nachfrage nach Wohnraum planerisch sichern. Die Initiative bietet die Chance, bei Um- und Neueinzonungen nicht nur den Wohnanteil zu definieren, sondern auch die Art der Wohnungen zu beeinflussen. Bei allen grösseren Neueinzonungen und Umzonungen soll ein Drittel nach den Regeln des preisgünstigen Wohnungsbaus erstellt und betrieben werden. Mit der Gewährung eines städtebaulich vertraglichen Nutzungsbonus von 20 Prozent kann auch in den bestehenden Quartieren ein Anreiz für die Realisierung und den Erhalt preisgünstiger Wohnungen geschaffen werden.

Im Interesse der Rechtssicherheit und der Gleichbehandlung aller Landbesitzer soll diese Forderung in der Bauordnung verankert werden und nicht bei jeder Planungsvorlage im Parlament neu ausgehandelt werden müssen.

Bodenpolitik

Wie jede planerische Massnahme greifen auch die Instrumente der Initiative in die Verfügbarkeit des Bodens ein. Ob ein Stück Land eingezont wird oder nicht, ob es zwei- oder sechsgeschossig überbaut werden kann, basiert auf

städtebaulichen Entscheiden und ist aus Sicht des Landeigentümers immer willkürlich. Angesichts der an sich ungerechten Verteilung des kostbaren Gutes «Boden» legitimiert sich die Steuerung des Wohnungsangebotes in einem spekulativ funktionierenden Markt klar durch das öffentliche Interesse. Zudem kann ab einer gewissen Menge preisgünstiger Wohnungen auch eine dämpfende Wirkung auf den gesamten Mietwohnungsmarkt erreicht werden.

Gemeinnütziger Wohnungsbau

Der gemeinnützige Wohnungsbau bietet als dritter Weg zwischen Miete und Eigentum gerade in stark nachgefragten Städten und Agglomerationen ein wichtiges Standbein einer ausgewogenen Wohnraumversorgung und gut durchmischter Quartiere. Er hat bewiesen, dass er dank der Kostenmiete langfristig gesehen der Garant für preisgünstige Wohnungen ist.

Geförderte gemeinnützige Wohnungen sind keine kommunalen oder subventionierten Wohnungen!

Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist privat organisiert, finanziert und bewirtschaftet. Gemeinnützige Bauträger brauchen keine Subventionen, sondern angesichts der überhitzten Marktverhältnisse gezielte Förderinstrumente wie planerische Rahmenbedingungen und spezifische Baurechtsbedingungen. Damit können sie ihr Leitbild umsetzen, langfristig gesicherte preisgünstige Wohnungen anzubieten. Als «Gegenleistung» für diese Förderinstrumente bieten sie dem Gemeinwesen ein Wohnungssegment, das mit der Verpflichtung zur Gemeinnützigkeit der Spekulation entzogen bleibt.



Die juristisch klaren Bedingungen der Gemeinnützigkeit reichen als Legitimation aus. Es braucht keine weiteren Kriterien und Kontrollen wie Einkommen, Vermögen, Überprüfung der Haushaltgrösse, etc. Die funktionierende Selbstregulierung ist statistisch belegt: Genossenschaftshaushalte beanspruchen

In gemeinnützigen Wohnungen sind mehr Familien mit Kindern und häufiger Haushalte mit tieferem Einkommen und Vermögen anzutreffen.

dank Belegungskriterien und bescheideneren Wohnungen weniger Wohnfläche. In gemeinnützigen Wohnungen sind mehr Familien mit Kindern und häufiger Haushalte mit tieferem Einkommen und Vermögen anzutreffen als im

Durchschnitt der Stadt. Statistisch ist erwiesen, dass die gemeinnützigen Bauträger Wohnraum für alle, also für die «Richtigen», bieten.

Bern hat eine Tradition der Zusammenarbeit zwischen gemeinnützigen Wohnbauträgern und der Stadt. Viele gemeinnützige, damals mittelständische Wohnungen im Westen entstanden dank dieser Partnerschaft in den 1940er-, 50er- und 60er-Jahren. Sie tragen heute als preisgünstige Wohnungen in intakten Nachbarschaften zu einer ausgewogenen Wohnraumversorgung bei.

Wohn-Profiteure?

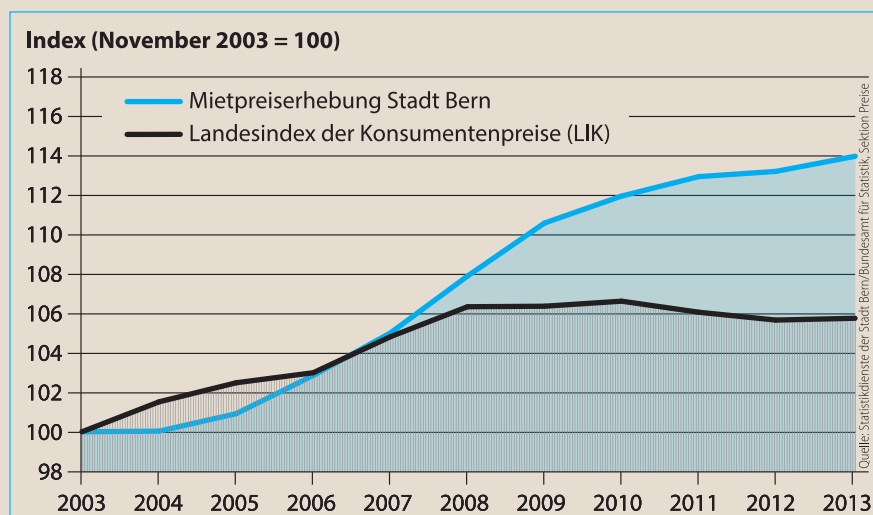
Die bürgerliche Gegenkampagne diffamiert alle GenossenschaftlerInnen und MieterInnen gemeinnütziger Wohnungen als Wohn-Profiteure. Dies ist nicht nur wegen der inhaltlich unhaltbaren Behauptung befremdend, sondern auch im Hinblick auf die gleichzeitige kantonale Kampagne derselben Parteien zur Eigentumsförderung. Mit der Teilabschaffung der Handänderungssteuer entgehen dem Kanton 25 Millionen Franken, die denen zugute kommen, die sich Eigentum leisten können. Dies übrigens ohne Kontrolle, ob sie diese Förderung aufgrund der Einkommens- und Vermögensverhältnisse auch wirklich «nötig» haben ...

Wer sind angesichts dieses Vergleichs die wahren Wohn-Profiteure?

Greifen wir am 18. Mai steuernd ein und sagen Ja zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus für alle und Nein zur Wohneigentumsförderung für wenige!

GEGENSTEUER GEBEN DANK DER WOHN-INITIATIVE!

Berner Mietkosten steigen seit Jahren deutlich stärker als die Konsumentenpreise



Jürg Sollberger
Präsident Wohnbaugenossenschaften
Bern-Solothurn

KANTONALES SPARPAKET

Früher ins Heim und Verwahrlosung

Der bürgerliche Sparhammer saust auf die öffentliche Spitex nieder. Leidtragende sind kranke und ältere Personen, aber auch die Mitarbeitenden. Kosten werden verlagert, insbesondere zu den Gemeinden. Die SP wehrt sich gegen diese rücksichtslose Politik.

Mit einer sehbehinderten Frau die Einkäufe erledigen oder für einen älteren Mann ein Mittagessen kochen – solche sogenannt hauswirtschaftlichen und sozialbetreuerischen Leistungen sind für viele Spitex-Kundinnen und -Kunden wichtig. Sie ermöglichen es ihnen, länger in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Für die Betroffenen bedeutet das einen Erhalt von Lebensqualität, bleiben sie doch in ihrem gewohnten Umfeld; und ein Aufenthalt in einem Altersheim wird vielleicht nie nötig, oder bedeutend später.

Falsche Antwort auf Versorgungsproblem

Das entspricht überdies dem kantonalen Grundsatz «ambulant vor stationär». Diese Philosophie ist nicht zuletzt eine Antwort auf das Versorgungsproblem, das sich zuspitzt. Die Menschen werden immer älter. Damit steigt die Zahl chronisch kranker und dementer Menschen, die Betreuung benötigen.

Damit kranke und betagte Personen möglichst lange selbständig und autonom leben können, sind sie auf die Spitex angewiesen. Häufig benötigen sie nicht allein Pflege, sondern auch Unterstützung im Haushalt und im Alltag. Doch genau bei diesen Leistungen strich die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament 11,5 Mio. Franken jährlich.

Verschlechterungen und Verlagerungen

Der Wegfall der kantonalen Subventionen trifft besonders diejenigen Personen hart, die über ein kleines Einkommen verfügen und keine Ergänzungsleistungen zu Gute haben. Sie können sich die hauswirtschaftliche und sozialbe-

treuerische Unterstützung nicht mehr leisten, oder nur noch in beschränktem Umfang. Die Folge davon kann eine frühere Einweisung in ein Alters- oder Wohnheim sein. Dies bedeutet für Kanton und Gemeinden namhafte Zusatzkosten.

Auch für die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen werden die Hürden höher. Sie müssen neu einen Bedarfsnachweis erbringen, damit sie hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Leistungen erhalten. Eine ärztliche Zuweisung alleine reicht nicht mehr aus.

Überdies ist wegen der Streichung der Subvention wohl generell mit zusätzlichem Bedarf an Ergänzungsleistungen zu rechnen – ein klassischer Fall von Kostenverlagerung, zahlen doch die Gemeinden via Lastenausgleich an die Ergänzungsleistungen.

Entlassungen

Auch das Personal der 53 öffentlichen Spitex-Organisationen im Kanton Bern trifft das Sparpaket hart. So kündigte die Spitex Bern 32 Mitarbeitenden, mehrheitlich sind es Frauen, und die Spitex Biel-Bienne entlässt rund ein Dutzend Mitarbeitende. Falls diese 44 Personen bei einem privaten Anbieter wieder eine Stelle finden, so ist nicht auszuschliessen, dass sie Einbussen bei Lohn, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen in Kauf nehmen müssen.

Abbau trotz Überschuss

Seit den Sparbeschlüssen liegt nun der Rechnungsabschluss 2013 des Kantons Bern vor. Der Überschuss fällt um 151 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Für die SP ist klar, dass es jetzt umso mehr einen Sparstopp braucht – und das nicht nur bei der Pflege, sondern auch bei der Behindertenbetreuung oder im Bereich

Der Wegfall der kantonalen Subventionen trifft besonders diejenigen hart, die über ein kleines Einkommen verfügen und keine Ergänzungsleistungen zugute haben.

Bildung, wo etwa Schulen geschlossen werden sollen.

Neben der kantonalen wird die SP auch auf der kommunalen Ebene aktiv. So fragt sie in einem Vorstoss den Berner Gemeinderat, mit welchen Auswirkungen die Stadt wegen der Kürzungen bei der öffentlichen Spitex rechnet.

Angesichts des guten Rechnungsabschlusses und der besseren Aussichten muss diese Politik auf Kosten von Kranken, Älteren und der Bildung rückgängig gemacht werden.



Marieke Kruit
Stadträtin SP



Lieber Mättu

Wetten, du hast mit diebischer Freude die GL-Sitzungen jeweils schon um 17.13 Uhr gestartet, um der um 17.18 Uhr hereinstürzenden Vizepräsidentin ein schiefes Lächeln zu schenken und einen träfen Spruch zu landen. So war es doch, oder?

Du bist kein Mensch der Andeutungen und verklausulierten Aussagen. Deine Direktheit ist legendär und deine Sach- und Fachkompetenz beeindruckend. Keiner konnte mir die Revision des Pensionskassenreglements in so wenigen Worten so verständlich erklären wie du. Und wenn mal in Fahrt, bist du kaum mehr zu stoppen. Deine Leidenschaft ist ansteckend und motivierend. Davon hat der ganze Regionalverband profitiert. Du hast es geschafft, diesem zuweilen immer noch recht theoretischen Konstrukt Leben einzuhauchen und ihm ein Gesicht zu geben. Du hast die wichtigen regionalpolitischen Themen auf unsere Agenda gesetzt und dich darum bemüht, dass diese ohne Scheuklappen, offen und sachorientiert diskutiert werden – auch wenn sie umstritten waren.

Du hast immer wieder den offenen, direkten Austausch mit den Sektionen oder den Schulkommissionsmitgliedern gesucht. Um ihre Befindlichkeiten zu spüren und um ihnen zu zeigen, wie wichtig ihre Arbeit an der Basis ist. Das wollen und müssen wir unbedingt weiterführen. Lieber Mättu, im Namen der ganzen GL und des Sekretariats danke ich dir ganz herzlich für deinen grossen Einsatz der letzten Jahre. Wir werden dich und deine träfen Sprüche vermissen. Und ich werde mich bemühen, mit den GL-Sitzungen pünktlich zu beginnen!

Herzliche Grüsse
Nicola

Nicola von Greyerz, Stadträtin und frisch gewählte Grossrätin

Markus Beyeler



Matthias Burkhalter (Jahrgang 1954), SP-Grossrat aus Rümligen und Geschäftsführer des Bernischen Staatspersonalverbandes, hat am Parteitag vom 7. Mai sein Amt als Präsident der SP Bern-Mittelland nach über sechs Jahren abgegeben.

RÜCKBLICK AUF DIE GROSSRATSWAHLEN VOM 30. MÄRZ 2014

Gemischte Gefühle nach dem Wahlausgang

Das Resultat der Grossratswahlen in den drei Wahlkreisen der Region Bern-Mittelland richtig einzuordnen, fällt nicht leicht. Insgesamt halten sich Gewinne und Verluste zwar ungefähr die Waage, das erklärte Ziel der SP Kanton Bern einer «linken Wende» wurde aber auch im Mittelland verpasst. Der angestrebte substanzielle Stimmenzuwachs der rot-grünen Parteien wurde nicht erreicht.

In der Stadt Bern konnten wir trotz zweier Vakanzen unsere 6 Mandate verteidigen. Obwohl die SP-Listen insgesamt um 0,5 Prozent zulegen, gelang es nicht, die 2,3 Prozent zu halten, welche die JUSO-Liste 2010 geholt hatte. Da im links-grünen Lager vier neue Listen im Spiel waren, die 6 Prozent der Stimmen und einen Sitz geholt haben, war die Ausgangslage für die SP deutlich schwieriger als vor vier Jahren.

Im Wahlkreis Mittelland Nord musste die SP trotz einem Stimmenzuwachs von 0,4 Prozent einen Sitzverlust hinnehmen. Der Grund dafür ist, neben dem Rücktritt von zwei sehr profilierten Grossräten, in erster Linie Proporzpech.

Im Wahlkreis Mittelland Süd konnten die SP-Listen 1,2 Prozent dazugewinnen. Alle vier Bisherigen wurden klar bestätigt, für einen Sitzgewinn reichte es aber leider nicht.

Die SP Region Bern gratuliert den Gewählten und dankt allen Kandidierenden für ihr grosses Engagement im Wahlkampf. Gewählt sind:
Wahlkreis Bern: *Ursula Marti, Béatrice Stucki, Nicola von Greyerz (neu), Meret Schindler (neu), Michael Aebersold, Andreas Hofmann*
Wahlkreis Mittelland Nord: *Eva Baltensperger (Zollikofen), Ursula E. Brunner (Wohlen), Roland Näf (Muri-Gümligen), Daniel Wyrsch (Jegenstorf, neu)*

Wahlkreis Mittelland Süd: *Sarah Gabi Schönenberger (Schwarzenburg), Luc Mentha (Köniz), Elisabeth Striffeler (Münsingen), Matthias Burkhalter (Rümligen).*



Michael Sutter
Parteisekretär und
Co-Leiter Wahlausschuss
der SP Region Bern

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter